

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angenommen: Die Landesregierung  
Beteiligung für Sachsen aus dem  
Angebot in Goldmarken, aus-  
wärtige Ausgaben in Goldmarken,  
Kassenscheine in Goldmarken  
amtliche Zelle in Goldmarken.

Verleger: Carl Auer Verlag. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postamt-Nr. 100

Nr. 170

Freitag, den 24. Juli 1925

20. Jahrgang

### Außenpolitische Aussprache im Reichstag.

Die Rede Stresemanns. — Angriffe gegen Graf Reventlow.

Die außenpolitische Aussprache im Reichstag, die mit beschleunigter Ordnungsbekanntmachung verbunden ist, wird durch eine Rede des Reichsaussenministers eingeleitet. Dr. Stresemann führt aus:

„In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheit dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage

beteiligen müssen. Die Beschleunigung, mit der unsere jetzige Antwort erfolgt ist, ist ein Beweis für unseren aufrichtigen Willen, an der Lösung der Frage eifrig mitzuarbeiten. In der Diskussion der Frage ist bereits der Versuch gemacht, Kontroversen auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Wir mußten zu dem aufgeworfenen Problem Stellung nehmen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgenden Punkten zusammenfassen: Das Ziel der Erörterungen ist der mit Deutschland zu schließende Vertrag. Welche Art der mit Deutschland zu schließenden Vertrag, ist bis zur Stunde nicht zu übersehen. Zweifelhaft ist bis jetzt insbesondere noch die Stellung Italiens. Wir können uns von der Hoffnung ausbreiten, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt. Den Kernpunkt des Vertragswerks bildet der Garantievertrag. Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge, die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Wir hoffen in Bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Art, die unsere Räte an den Vorschlägen der Alliierten ist, die weitere Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Schlichter sein muß. Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden.

Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Räte angestrebte Ziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung bestärkt uns die bedeutsame Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes.

noch vor dem vertragmäßigen Termin. Ich sehe nicht an, der Benutzung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und belgische Regierung, um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Endtermin des 16. August durchzuführen werde.

Die französische Regierung und die belgische Regierung haben sich in ihrer Entscheidung, die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und noch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, nicht stören lassen, durch die fruchtbarsten Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachdrücklich suchte, daß der grundsätzliche französische Text die Besatzungsmächte überhaupt nicht verpflichte, bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung fortzuschreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihre Gewalt stellt. (Wohlbekannt und Ruf: Unerhört!) Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine solche Überzeugung des Auslandlichen Amtes die deutsche Öffentlichkeit getäuscht worden sei darüber, daß eine solche Verpflichtung der Besatzungsmächte nicht bestünde, sondern daß die Besatzungsmächte lediglich verpflichtet wären, in der Räumung nach dem 16. August fortzuführen. Die französische und die belgische Regierung haben sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht, sondern sie haben ihrerseits vollkommen anerkannt, daß die Überzeugung, die das Auslandliche Amt aufgrund legte, dem Vertrag entsprach. Darüber konnte niemals ein Zweifel sein, der selbst an dem Londoner Ultimatum angenommen hat. Ich kann mich der Öffentlichkeit sagen: Wenn in diesen letzten Wochen das Aus-

wärtige Amt und die deutsche Regierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Ruhrdräumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit, in der wir in fortgesetzten Verhandlungen darüber standen, ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Öffentlichkeit aussprechen konnte, daß es entsteht erneut eine große Unruhe, lebhaftes „Pfui, Pfui!“ richteten sich gegen die Alliierten, die ihrerseits mit Gegenrufen antworteten. Die Unruhe wird erst durch die Worte des Präsidenten allmählich beschwichtigt, die Besatzungsmächte nicht gezwungen werden könnten, die Besatzungsmächte zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falsch und zweitens vom Standpunkt der nationalen deutschen Interessen untragbar. (Lebhaftes Rufen im ganzen Hause: Sehr wahr! Wegen eines unverständlich gebildeten Zwischenrufes wird ein Abgeordneter zur Ordnung gerufen.)

Die Benutzung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bestätigt, daß ich in der Lage bin zu erklären, daß ich nach den Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten nicht daran zweifle, daß die Alliierten ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in Bezug auf die Räumung der Sanktionsgebiete erfüllen werden, daß Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ebenfalls demnächst geräumt werden. (Zwischenruf links.) „Demnach“ bedeutet, daß wie das Ruhrgebiet das Sanktionsgebiet innerhalb der vertragmäßigen Zeit geräumt wird.

Wenn eine derartige Erklärung abgegeben wird, nachdem vorher dieselbe Erklärung dahin ausgelegt worden ist, daß die Räumung noch vor dem vertragmäßigen Termin erfolgen könnte, dann ist es vollkommen falsch, jetzt wegen eines derartigen Wortes Zweifel in die Erklärung hineinzulegen zu wollen. (Großer Lärm v. d. Komm.) Sowohl in Bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes als der Sanktionsgebiete werden jetzt die Londoner Abmachungen auch in diesem letzten bedeutungsvollen Teil in Erfüllung gehen. Ich glaube, es würde für unsere gesamte Politik, auch für unsere Politik gegenüber den Alliierten ein dauernder Gewinn sein, wenn wir in der deutschen Öffentlichkeit jenes Misstrauen überwinden könnten, das deshalb bestand und zum Teil noch heute besteht, weil wir in Bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen in den letzten Jahren nicht verwöhnt worden sind. Wir haben nach den Londoner Abmachungen den Zustand einer starken Festspannung der öffentlichen Meinung in Deutschland festhalten können, wir erkennen gern die Wiederherstellung der vertragmäßigen Zustände im Ruhrgebiet an, aber die Nichterfüllung der nördlichen Rheinlandzone zu dem uns zugesagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung jene Zweifel und Bedenken wieder auftauchen lassen. (Zustimmung.) Nachdem die Räte bekannt geworden ist, die seitens der Alliierten mit den angebotenen deutschen Vorschlägen in der Entwaffnungsfrage an uns gerichtet wurde, ist die Meinung, daß die noch offenen Punkte in der Entwaffnungsfrage keinen Grund für die weitere Besetzung der nördlichen Rheinlandzone bieten, nur noch verstärkt worden. Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie so weit als möglich die unendlich schwereren Bedingungen für die Entwaffnung zu erfüllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Was die Alliierten nach dem Versaillesvertrag fordern dürfen, ist zum Teil ausgeführt, und wird zum Teil noch ausgeführt werden.

Einige Fragen müssen prinzipiell ausgetragen werden, da nach unserer Meinung hier die Forderungen über das vertragmäßige hinausgehen. Das ist die selbstverständliche Grenze, die wir ziehen müssen. Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von unerträglicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden. (Zustimmung.)

#### Sicherheitspakt

nach einigen allgemeinen Bemerkungen. Die Reichsregierung hat die Reichsregierung Materialien zur Sicherheitsfrage herausgegeben. Sie hatte schon früher einmal eine Überzeugung des französischen Völkerbundes herausgegeben. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn gerade diese Alliierten gegenstand einer eingehenden Betrachtung würde, als wie das bisher der Fall gewesen ist. Man hat manchmal die Empfehlung, als wenn nach irgendeinem ähnlichen Einfall, aber ohne innere Berechtigung, diese Sicherheitsfrage in die Diskussion hineingetragen worden sei. In Wirklichkeit ist diese Frage, in dem Anspruch

auf Sicherheit, den Frankreich erhebt, eine Frage, die seit Jahren zwischen uns und Frankreich steht. Alle diese Sanktionen und Besetzungen, alle diese Gewaltmaßnahmen wurden immer wieder mit dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreichs begründet, das Anspruch auf Sicherheit habe. Was in Bezug auf das deutsche Rheinland, nicht in der öffentlichen Meinung der gegenwärtigen Mehrheit des französischen Volkes, an Gedanken lag, diese Rheinlandfrage in ganz anderer Weise als durch einen Sicherheitspakt zu lösen, der uns die Gewähr des Bestehens des Rheinlandes beim Deutschen Reiche gibt, das werden Sie erkennen, wenn Sie aus dem Gelbbuch die letzte Rede, die der Ministerpräsident Poincaré 1923 gehalten hat, betrachten. Es war das die Zeit des tiefsten Verfalls bei uns im Innern und die Zeit tiefster Bedrängung nach außen. Damals hat Poincaré ganz offen ausgeführt, welche Hoffnungen daraus hervorgehen würden, daß diese Zustände in Deutschland auf das Rheinland und auf die Pfalz abstrahlen würden, in dem Sinne, daß dort die separatistische Bewegung zum Siege gelangte. Er sagte: „Die Besatzungsmächte sind keineswegs gehalten, die Berliner Regierung gegen die Bildung neuer Staaten, gegen die Umbildung bestehender Staaten, ja auch gegen den Bruch der Reichsgrenze zu schützen. Es ist zweifellos noch verfrüht, voranzufahren, was sich aus diesen Zuständen entwickeln wird, aber im Rheinland und in der Pfalz scheint doch ein mächtiges Streben nach völliger Unabhängigkeit zu bestehen. Wir können früher oder später auf eine Veränderung in der politischen Verfassung des besetzten Gebietes rechnen. Die Kammer wird begreifen, daß ich im Augenblick nicht mehr sagen kann über das, was im Werden ist. Ich muß in dieser Frage jetzt zurückhaltend sein. Aber niemand empfindet lebhafter als ich die Bedeutung dieser Angelegenheit für Frankreich.“ (Lärm, Lärm.)

Deutlicher kann der Anspruch Frankreichs, einzugreifen in die deutschen Verhältnisse, falls der Separatismus sich wieder einmal regen sollte, nicht ausgedrückt werden als mit diesen Darlegungen Poincarés auf das, was im Werden ist, und auf die Bedeutung dieser Dinge für Frankreich. Ich empfinde es deshalb als viel zu weitgehenden Optimismus, wenn Sie die Sicherungen, die der Sicherheitspakt doch unzweifelhaft in sich schließt, für das gesamte Deutschland des Rheinlandes und keine Sicherung gegen fremde Gewalt, die doch wieder einmal auftreten kann bei solchen Strömungen, als etwas Selbstverständliches betrachten. Ich glaube aber daß die positive Sicherung des Rheinlandes von unserem Standpunkt aus einer der großen Gedanken des Sicherheitspaktes ist.

Der Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Angelegenheit. Der Weltkrieg hat keine Sieger geschaffen, die ihres Sieges froh werden konnten. Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln hat soziale und politische Verwirrungen in Europa geschaffen, die selbst alte Kulturstaaten vor die Frage ihrer Weiterexistenz stellen. Sie haben in letzter Zeit das Problem erörtert, wie denjenigen zu helfen sei, die durch den Währungs- und Wirtschaftsverfall proletarisiert worden sind. Das war nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten ist der Verfall der Währung eingetreten. Von Osten nach Westen hat bisher der Währungsverfall noch an keiner Staatengrenze Halt gemacht. Aber ich gehöre nicht zu denen, die von einer Fortsetzung des Währungsverfalles in Frankreich etwa Vorteile für Deutschland erwarten. Ich sehe weder wirtschaftliche noch politische Vorteile dabei. Ebensovienig bin ich der Ansicht, die mir aus einem Zwischenruf am Anfang meiner Rede herauszuklingen schien, als ob die Großmachthaltung Frankreichs durch irgendwelche Schwierigkeiten in Warschau erschüttert werden könnte. Die großen Probleme der Gegenwart liegen darin, daß ohne die Mitwirkung großer Weltmächte heute weder in Frankreich noch in Deutschland die Wirtschaften wieder belebt werden können. Nicht nur wir, sondern viele Kreise anderer Nationen in Europa haben ein Interesse daran, daß diese Weltmächte sich einsetzen für den Wiederaufbau Europas. Sie können aber nicht erwarten, daß die Weltmächte das tun, wenn sie nicht ihrerseits das empfinden haben, daß sie ein belebtes Europa vor sich sehen und nicht ein der Sanktionspolitik. Man hat vielfach debattiert, ob der Londoner Zahlungsplan gegenwärtig gefährdet sei. Ich glaube nicht, daß man von einer Behinderung sprechen kann, wenn der Friede Europas und die wirtschaftliche Sicherheit Europas nicht gefährdet ist. Aber es scheint mir ebenso klar, daß der Londoner Zahlungsplan nicht durchzuführen ist, wenn die Politik der Sanktionen und die Politik des gegenwärtigen Währungsverfalles der Grundzug der europäischen Politik bleibt.

Die Räumung der Ruhr und der Sanktionsgebiete beendet die verheerliche Politik gegen Deutschland.